

Hans Oette

Wirtschaftsabläufe verstehen und verbessern, Umwelt erhalten

Fragen

Wie kann die Arbeitslosigkeit abgebaut werden? Was muss die Politik dafür tun? Sollen Steuern erhöht oder gesenkt werden? Sollen die Bürger mehr konsumieren, um Arbeitsplätze zu sichern und Wirtschaftswachstum zu ermöglichen? Oder sollen Sie sparsamer leben, um die Umwelt zu erhalten? Muss die Wirtschaft wachsen, damit der Abbau von Arbeitsplätzen durch die Rationalisierung ausgeglichen wird? Reiche Mitbürger nehmen mehr Geld ein, als sie für den Konsum ausgeben. Sie wollen das überschüssige Geld gewinnbringend anlegen. Müssen daher immer neue Produktionsstätten entstehen und ist daher Wirtschaftswachstum notwendig? Oder muss der Staat hohe Einkommen höher besteuern? Manche Millionäre sprechen sich dafür aus oder spenden viel Geld für wohltätige Zwecke. Sollte an die Stelle der weit verbreiteten Gier nach immer mehr Reichtum das Ideal der Brüderlichkeit und christlichen Nächstenliebe treten? Macht ein Leben in Luxus die Menschen glücklicher oder ein Leben in Idealen und in Verantwortung für unsere Nachkommen?

Am Geld hängt alles

Man wundert sich, dass die Menschheit, die große technische Fortschritte gemacht hat, das Problemkind Wirtschaft so schlecht in den Griff bekommt. Die heutigen Verhältnisse pressen die Menschen in einen harten Konkurrenzkampf untereinander. Die Regierungen bekämpfen die Wirtschaftskrise dadurch, dass sie viel Geld in die Wirtschaft pumpen. Sie leihen sich das Geld von Banken und Fonds, letztlich von Personen, die Geld übrig haben. Die große Frage ist, ob das dem „Wirtschaftsmotor“ als Initialzündung dient, oder ob die Geldspritzen bald wieder versickert sind. Und ob sie auch dann versickern, wenn die Finanzmärkte besser kontrolliert werden. (Und selbst von dieser Kontrolle ist noch wenig zu bemerken.)

Die deutsche Bundesregierung meint durch Subventionen und Steuerentlastungen die Probleme „an der Wurzel“ anzugehen, indem sie Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze schafft, mit nachfolgenden höheren Steuereinnahmen, die die Staatsverschuldung wieder abbauen, trotz der reduzierten Steuersätze. Das BIP (Bruttoinlandsprodukt, in Deutschland etwa 2 Billionen oder 2000 Milliarden pro Jahr) wird heute nicht mehr von der Angebots- sondern von der Nachfrageseite her bestimmt. Denn Produktionskapazität ist genügend, ja im Überfluss vorhanden. (Und sie kann jederzeit noch vergrößert werden, da es weder an investitionsbereitem Geld noch an Arbeitskräften mangelt. Die Supermärkte haben volle Regale und stehen in einem Preiskampf untereinander. Doch den Umsatz bestimmen die Verbraucher. Sie kaufen die Regale nicht leer, teils weil sie genug haben, teils weil es ihr Geldbeutel nicht zulässt. Deshalb ist es heute auch sehr riskant, Geld in Produktionsmitteln anzulegen. Und wer will schon gern angelegtes Geld verlieren?

Jenseits aller Auswüchse auf den Finanzmärkten, bei denen sich die Akteure gegenseitig über den Tisch ziehen (und der Staat dann z. B. Banken retten muss, die sich verzockt haben), ist entscheidend, welcher Geldstrom aus einer Volkswirtschaft auf die internationalen Finanzmärkte entweicht und wie viel davon wieder zurückkommt, etwa in Form von Investitionen. Denn Investitionen bedeuten Nachfrage und schaffen / erhalten Arbeitsplätze. Dass damit die Volkswirtschaften am Tropf der Finanzmärkte hängen, sagte schon 1996 der damalige Chef der Deutschen Bundesbank, Hans Tietmeyer. „Die meisten Politiker sind sich noch nicht im Klaren darüber, wie sehr sie unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden“

(vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos). Rückflüsse aus den Finanzmärkten sind zu erwarten durch niedrige Steuern und niedrige Umweltstandards.

Die Abhängigkeit von Geldzuflüssen äußert sich auch darin, dass sich Volkswirtschaften gegenseitig Geldströme durch Exportüberschüsse abzufragen versuchen. Auf dem Weltmarkt herrscht ein harter, teilweise mörderischer Wettbewerb. Ein Steuersenkungswettbewerb findet statt, um den Unternehmen des eigenen Landes Wettbewerbsvorteile zu verschaffen.

Das Wirtschaftsmodell der Physiokraten

Es müssen Bedingungen für eine friedliche Koexistenz der einzelnen Volkswirtschaften gefunden werden, unter denen sie nicht mehr Ungleichgewichte (insbesondere Verschuldungen) produzieren müssen, die irgendwann nicht mehr wachsen und sogar zum Zusammenbruch (Crash) führen können. Gibt es Bedingungen für volkswirtschaftliches Gleichgewicht bei moderatem Wachstum oder auch in einem stationären Zustand? Die Ökonomen mit ihren verschiedenen Ausrichtungen (angebots-, nachfrageorientiert usw.), ihren Prognosen und Empfehlungen bieten kein einheitliches Bild. Da Geldströme eine entscheidende Rolle spielen, ist es erstaunlich, dass (anscheinend) nicht aufgebaut wird auf dem Wirtschaftsmodell der Physiokraten (einer Gruppe französischer Wirtschaftswissenschaftler in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts). Im folgenden Bild ist rechts der grundlegende Geldstrom dargestellt.

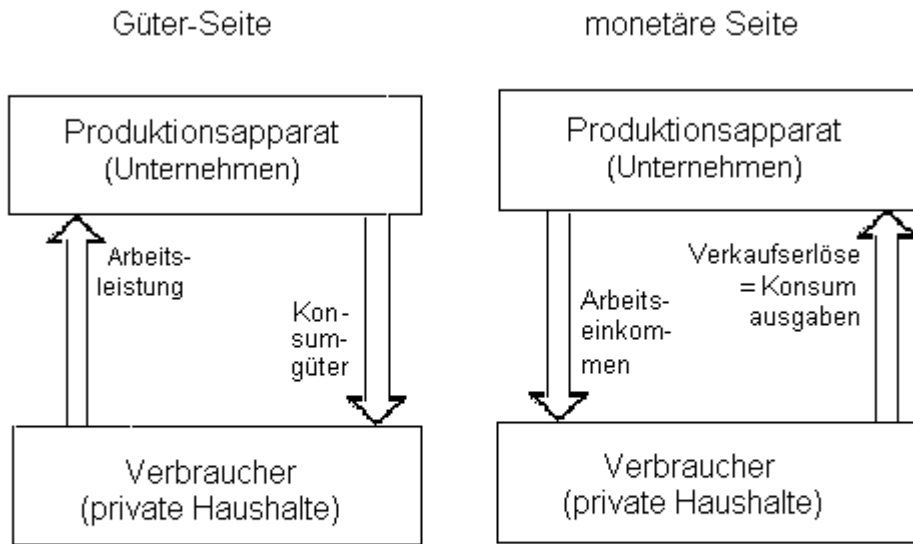


Bild 1 Grundform einer modernen Volkswirtschaft
(primärer Geldkreislauf)

Der volkswirtschaftliche Geldkreislauf (aus Bar- und Buchgeld) macht erst eine moderne Volkswirtschaft mit Arbeitsteilung möglich. Es muss (bei der heute üblichen Umlaufgeschwindigkeit des Geldes) eine bestimmte Geldmenge vorhanden sein. Inflation zehrt an der Geldmenge. Banken können die Geldmenge durch Geldschöpfung erhöhen, müssen sich dabei aber wegen der Inflationsgefahr an gewisse Regeln halten. An dem Modell ist leicht zu erkennen, dass ein Schwund der Geldmenge den Wirtschaftsablauf stört.

Volkswirtschaft mit Investitionen

Im Modell der Physiokraten wird die gesamte Produktion wieder verbraucht. Das folgende Bild ist eine Weiterentwicklung davon. Hier gibt es eine Untermenge unter den Verbrauchern, die **Reichen**, die ihr Einkommen nicht voll für den Konsum ausgeben, sondern einen Teil davon sparen. Dieser Leckverlust bedroht erst einmal die Wirtschaft: Es droht, dass ein Teil der Unternehmen rote Zahlen schreibt (da weniger Geld herein kommt als hinausgeht). Man wird wohl versuchen, das durch Sparmaßnahmen auszugleichen, etwa durch Lohnkürzungen, Entlassungen und billigere Einkäufe bei andern Unternehmen. Aber das beseitigt das Problem nicht, sondern schiebt es nur weiter (weniger Nachfrage, weniger Einnahmen bei andern Unternehmen). Rein rechnerisch muss die Wirtschaft in dem Verhältnis schrumpfen, wie sich die Geldmenge verringert hat.

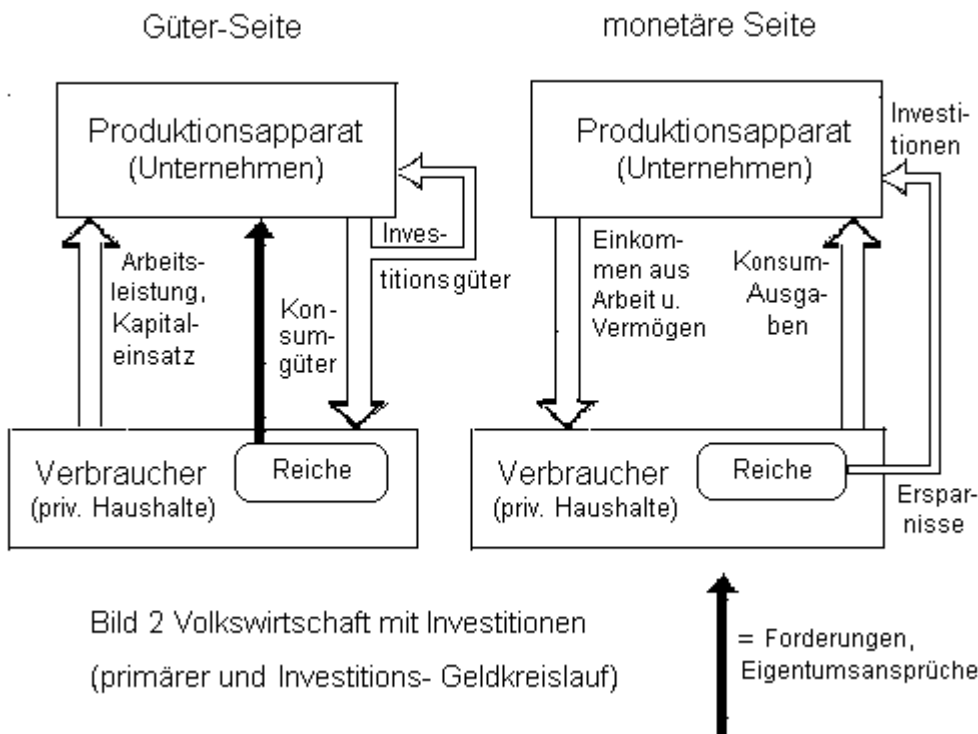


Bild 2 Volkswirtschaft mit Investitionen
(primärer und Investitions- Geldkreislauf)

Jetzt kann aber der Geldkreislauf dadurch wieder geschlossen werden, dass die Reichen von ihren Ersparnissen Investitionsgüter herstellen lassen. Dadurch hat der Produktionsapparat wieder genug Aufträge, und er wächst auch noch (da die Investitionen Netto-Investitionen sein sollen). Der **Zuwachs** gehört den Reichen. Weil sie das auch schon früher getan haben, gehört ihnen sogar der **ganze Produktionsapparat**. Das soll der schwarze Pfeil darstellen. Man hat z. B. über Banken Geldforderungen gegen ein Unternehmen oder ist direkt oder durch Aktienbesitz Miteigentümer. Die Unternehmen leisten jetzt Einkommen aus Arbeit (die an alle gehen) und Einkommen aus Vermögen, z. B. Dividende, die nur den Reichen zufließen.

Die „Reichen“ als besondere Gruppe sind eine zulässige Vereinfachung. Man könnte stattdessen auch von einer Art Aktiengesellschaft sprechen, an der manche Leute viele Anteile, andere wenig und manche gar keine Anteile haben. Die Bezeichnung soll auch keine **Diskriminierung darstellen**. Das Verhalten der Reichen hat Wachstum und technischen Fortschritt ermöglicht.

Eigentum soll es nur in der dargestellten Form geben, was bedeutet, dass Unternehmen kein Eigentum haben können. Zwar kann ein Unternehmen auch „reich“ sein und z. B. viel Liquidität haben. Aber es sind ja immer Eigentümer da, denen es gehört.

Die Bezeichnung „Unternehmer“ wird hier nicht benötigt. Man kann die Unternehmer den übrigen Verbrauchern zuordnen. Denn alle liefern ihre Arbeitsleistung an die Unternehmen und erhalten dafür Einkommen. Die Unternehmer (oder Chefs oder Arbeitgeber) sind zwar in kleinen Unternehmen häufig auch die Eigentümer, doch in großen Unternehmen ist das meist nicht der Fall. Durch diese Festlegungen bleibt das Modell übersichtlich (im Gegensatz etwa zu Darstellungen mit vielen Wirtschaftssubjekten und vielen Kontenarten derselben). Trotzdem ermöglicht die Darstellungsweise, die Ursachen der wirtschaftlichen Probleme und notwendige Gegenmaßnahmen zu erkennen.

Das Modell macht auch sichtbar, unter welchen Bedingungen das kuriose Saysche „Gesetz“ gilt, wonach sich jede Produktion selbst ihren Absatz schafft. Nehmen wir an, jeder Verbraucher kauft sich von seinen Einnahmen erst einmal Konsumgüter. Und er investiert das übrig bleibende Geld, weil es dafür ja Vermögenseinkommen (Rendite, Zinsen) gibt. Dann erhalten die Unternehmen (wie im obigen Bild) die von ihnen geleisteten Einkommen in vollem Umfang zurück. Also wird z. B. jedes zusätzlich produzierte Paar Schuhe auch verkauft, weil ihre Produktion den Verbrauchern ja zusätzliches Einkommen verschafft hat. Erkenntnis: Das Saysche Gesetz (oder genauer diese Hypothese) wird wohl stimmen, wenn ein geschlossener Geldkreislauf vorhanden ist. Das gilt für eine „junge“ Wirtschaft, die noch **weit von einer Marktsättigung entfernt ist**.

Wir haben in dem Bild also einen geschlossenen Geldkreislauf, weil gespartes Geld investiert wird. Die Nettoinvestitionen (= Bruttoinvestitionen – Abschreibungen) liegen in Deutschland in der Größenordnung von 100 Milliarden Euro pro Jahr. Die Spartätigkeit, die auch Konsumverzicht genannt werden kann, bedeutet nicht sparsam leben, sondern weniger für dem Konsum auszugeben, als man einnimmt. Die Überproduktion wird somit zur Vergrößerung des **Produktionsapparats verwendet**. In einer jungen Volkswirtschaft gibt es noch wenig Produktionskapazität und wenig Einkommen. In ihr ist daher Sparen äußerst erwünscht. Doch mit der Zeit wachsen die Einkünfte der Reichen immer schneller, nicht aber der Investitionsbedarf. Das hängt nicht zuletzt mit der Begrenztheit von Innovationen zusammen. Es wächst die Gefahr der Fehlinvestitionen, weil schon genügend Produktionskapazitäten vorhanden sind. Die Leckverluste werden dann nicht mehr zu 100 % zurückgeführt, ein Teil des Geldes verschwindet aus dem Kreislauf (und wandert z. B. auf die internationalen Finanzmärkte), und der Wirtschaft droht die Krise.

Investitionen sind mit Aufträgen verbunden, z. B. für die Bauindustrie. Sie schaffen also Nachfrage. Bei den typischen Investitionen werden aber zusätzliche Produktionskapazitäten geschaffen. Sie „verschlingen“ also Nachfrage nach ihrer Fertigstellung. Je mehr solche Investitionen stattfinden, desto kleiner sind die Chancen, dass sie nach Fertigstellung auch ausgelastet sind. Damit können diese Investitionen das böse Erwachen hinausschieben. Es kommt dann aber umso heftiger. Nicht der Kapazitätserweiterung dienen Rationalisierungsinvestitionen. Sie sparen aber Arbeitsplätze ein und schwächen daher, wenn sie fertig sind, die Nachfrage. (Sie erhöhen Einkünfte aus Vermögen zu Lasten der Einkünfte aus Arbeit.) Investitionen in Kultur, Bildung und Forschung sind in dieser Hinsicht neutral. Doch allen Investitionen ist gemeinsam, dass ihr Umfang heute nicht mehr ausreicht, genügend gespartes Geld in den volkswirtschaftlichen Kreislauf zurückzuführen. Zumindest so lange, wie (fast) ausschließlich die Rendite (der Shareholder Value) als Maßstab gilt.

Volkswirtschaft mit Exportüberschuss

Ein weiteres Heilmittel gegen den Geldabfluss durch Ersparnisse ist die Abführung der damit verbundenen Überproduktion durch Exportüberschuss. Die aufnehmenden Länder (Entwicklungsländer, USA) gleichen das vornehmlich nicht dadurch aus, dass sie ihre eigene Währung exportieren, sondern dass sie sich verschulden. Sie leihen sich (über Banken) Geld vom Exportland und kaufen damit in dem Exportland ein, verwandeln also dort gespartes (investitionsberechtigtes) Geld in nachfragendes (konsumberechtigtes) Geld. So, wie oben die Reichen zu Eigentümern des Produktionsapparats wurden, erhalten sie beim Exportüberschuss Forderungen

gegen das Ausland, über Banken, Fonds, Papiere u. ä. , s. folgendes Bild. Es ist in der Weise vereinfacht, dass nur Export stattfindet, und zwar der „Netto- Export“, der betragsmäßig die Differenz zwischen Export und Import darstellt. Diese Differenz führte zu einem jährlichen Zahlungsbilanzüberschuss für Deutschland zwischen 100 und 200 Milliarden Euro. (Hierbei sind Nettozahlungen an die EU, Überweisungen ausländischer Arbeitnehmer u. ä. bereits berücksichtigt.) Die sich verschuldenden US- Bürger z. B. haben also die deutsche Konjunktur gestützt. Die Wirtschaftskrise kam nicht zu uns, weil man sich dort verschuldet hat, sondern weil die Verschuldung an Grenzen stieß und Verschuldungsblasen platzten.

Der Exportüberschuss ist grundsätzlich auch ein Export von Arbeitslosigkeit. Die Industrienationen haben durch ihren Export **viele Gewerbe in armen Ländern** an die Wand konkurriert. Die volkswirtschaftliche Zielgröße Außenhandelsgleichgewicht wird heute kaum noch erwähnt, weil Exportüberschuss Arbeitsplätze sichert. Gewiss können Exportgüter für die Empfängerländer auch nützlich sein, was aber doch selten ist. Werden z. B. landwirtschaftliche Riesen-Maschinen geliefert, womit ein Agrarland konkurrenzfähig werden soll, macht das häufig Tausende dort arbeitslos und einige wenige reich.

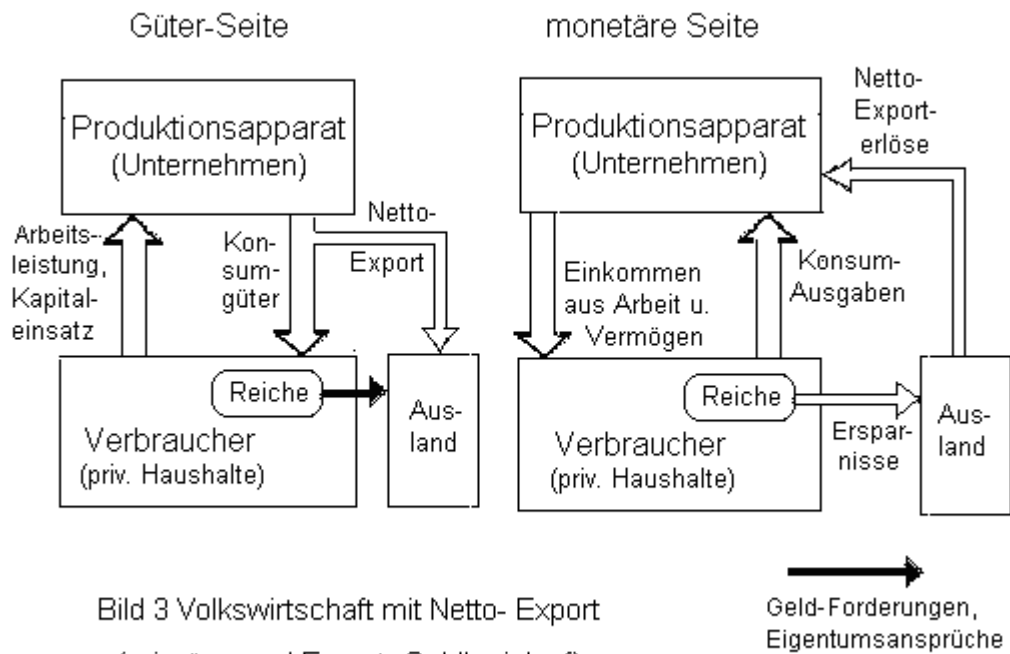


Bild 3 Volkswirtschaft mit Netto- Export
(primärer und Export- Geldkreislauf)

Fazit: Durch Exportüberschuss wird ähnlich wie durch Investitionen gespartes Geld wieder in den nationalen Geldkreislauf zurückgeführt. Geht der Export zurück oder überwiegt gar der Import, gehen Arbeitsplätze verloren. Natürlich gibt es dann auch weniger Investitionen, denn es werden ja nicht mehr so viele Kapazitäten benötigt. In der „Kreditklemme“ offenbart sich die berechtigte Scheu vieler Banken, Geld in eine Realwirtschaft zu pumpen, die nach wie vor vom Geldabfluss bedroht wird.

Volkswirtschaft mit Staatsverschuldung

Nun bleibt als Rettungsanker noch der Staat. Was ist eigentlich der Staat und brauchen wir einen Staat? Den Staat kann man bezeichnen als Instrument, die Menschen zu beherrschen. Seit Jahrtausenden haben Einzelne sich ein solches Instrument aufgebaut und das Volk meist will-

kürlich beherrscht, ausgebeutet und in Kriege geführt. Einen Fortschritt brachte der demokratische Staat, in dem Vertreter des Volkes das Machtinstrument Staat bedienen. Sie werden vom Volk gewählt und können auch abgewählt werden. Die Demokratie löst aber noch nicht alle Probleme. Sie braucht vielmehr die ständige Wachsamkeit der Bürger zur Abwehr von Krankheiten, z. B. der Korruption. Als Gegenleistung für die bezahlten Steuern erhalten wir vom Staat die so genannten öffentlichen Güter. Zu ihnen gehört auch die Rechtssicherheit. Ihr Wert wird erkennbar anhand der Situation in Ländern, in denen die staatliche Ordnung zusammengebrochen ist und Banden das Machtvakuum ausfüllen, die in brutalen Bürgerkriegen einander bekämpfen und oft millionenfach morden.

Es wird häufig gefordert, der Staat solle der Wirtschaft zwar den gesetzlichen Rahmen geben, sich im Übrigen aber aus dem Wirtschaftsgeschehen heraushalten. Läuft die Wirtschaft schlecht, wird die Schuld dafür teils zu starken, teils zu schwachen staatlichen Eingriffen gegeben. Allerdings hat sich seit dem Ausbruch der jüngsten Wirtschaftskrise die Ansicht durchgesetzt, dass sich die Wirtschaft ohne staatliche Kontrollen und Korrekturen an die Wand fährt.

Der Erfolg oder Misserfolg einer Regierung wird heute vor allem daran gemessen, ob es ihr gelingt, den „Wirtschaftsmotor“ am laufen zu halten und ihn auf möglichst hohe Touren zu bringen. Und dafür zu sorgen, dass es genug Arbeitsplätze gibt und die Realeinkommen auch der kleinen Leute möglichst steigen. Da die zunehmend knappe Ware Arbeitsplätze von der Wirtschaft geliefert wird, akzeptiert, ja sucht die Politik zunehmend die Nähe zur Wirtschaft, das heißt zu den Unternehmen und ihren Managern, und erfüllt ihnen fast jeden Wunsch. Ein Indiz dafür sind die tausend hauptberuflichen Lobbyisten in Berlin und die zehntausend Lobbyisten in Brüssel. Die Politik als Freund und Helfer (oder sogar als Diener) der Wirtschaft!? Steuern werden gesenkt, Sozialabgaben gedeckelt, Subventionen fließen. Bei Staatsbesuchen reisen Wirtschaftsbosse mit, um Exportaufträge zu erhalten. Der Staat übernimmt Ausfallbürgschaften. Militärisches Eingreifen zum Schutz von Investitionen und Ressourcen in fernen Ländern ist auf der Tagesordnung.

Gewiss liefert der „Wirtschaftsmotor“ (die Unternehmen und die Verbraucher) auch Geld an den Staat, besonders in Form von Steuern. Dafür liefert der Staat aber öffentliche Güter wie z. B. Infrastruktur (Straßen u. a.) und Rechtssicherheit. Man kann diese Vorgänge als Teil des ganz normalen Wirtschaftsablaufs ansehen und dem ersten Bild (Grundform einer Volkswirtschaft) zuordnen. Der Staat ist dann ein Unternehmen, bei dem Bürger Güter (Dienstleistungen) erhalten und dafür mit ihren Steuern bezahlen. Der Staat stellt wie andere Unternehmen Arbeitsplätze zur Verfügung, z. B. im Polizeidienst und an öffentlichen Schulen. Er gibt auch Aufträge an Unternehmen, etwa an Bauunternehmen, wie das auch andere Unternehmen untereinander tun.

Darüber hinaus gehen die konjunkturpolitischen Aktivitäten des Staates. Dazu gehört die Staatsverschuldung. Hierbei leiht sich der Staat Geld von den Reichen (etwa über die Finanzmärkte) und macht damit, wie es heute heißt Konjunkturbeschleunigung durch Staatsaufträge, Subventionen, Sozialausgaben u. a. Er dient damit der Wirtschaft, weil er erspartes Geld wieder in den Geldkreislauf zwischen dem Produktionsapparat und den Verbrauchern zurückführt und so dessen monetäre Austrocknung verhindert.

Der deutsche Staat hat diese Tätigkeit nach Ausbruch der Krise enorm verstärkt (Bankenrettung, Abwrack-Prämie u. a.). Er hat die Wirtschaft dadurch vor dem Kollaps bewahrt, aber auch seine Verschuldung gefährlich erhöht. Für das Jahr 2010 ist in Deutschland eine Rekord- Neuverschuldung von 100 Milliarden Euro vorgesehen. Das betrifft allein den Bundeshaushalt (ohne Länder und Kommunen), einschließlich der Schattenhaushalte.

Im folgenden Bild wird das schematisch dargestellt. Und es zeigt sich dabei die Ähnlichkeit zu den beiden vorhergehenden Bildern. Es bedeutet „Mehrausgaben“ die über die Steuereinnahmen

hinausgehenden Ausgaben. Mit den Mehrausgaben finanziert der Staat seine (vereinfacht) „Mehreinkäufe“.

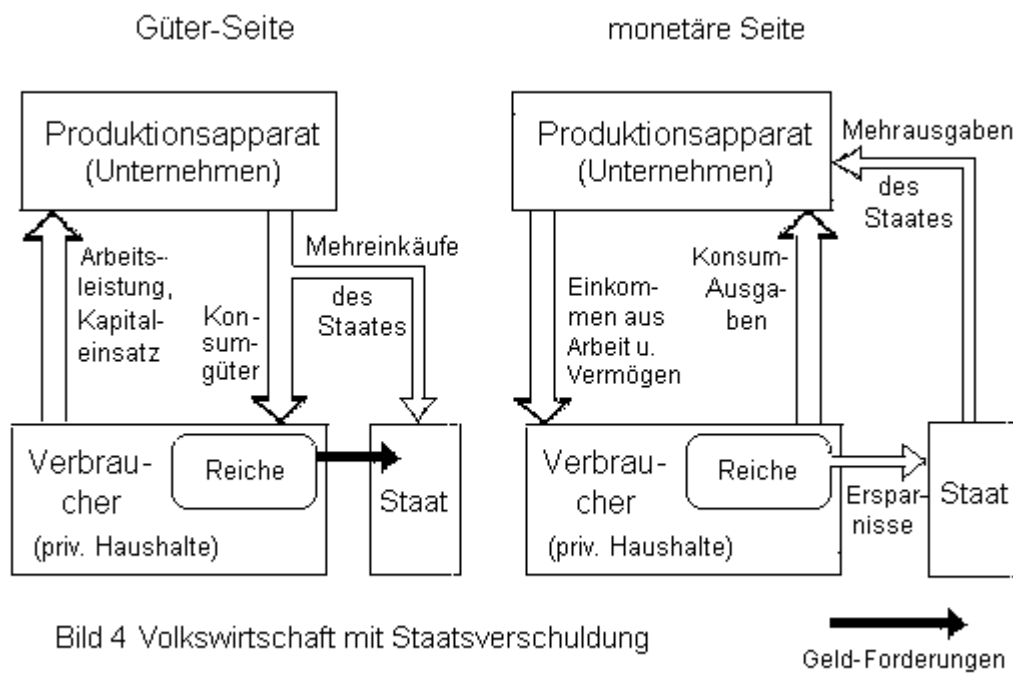


Bild 4 Volkswirtschaft mit Staatsverschuldung
(primärer und Staatsverschuldungs- Geldkreislauf)

Was ist zu tun?

Außer durch seine Verschuldung führt der Staat auch dadurch Ersparnisse in den Kreislauf zurück, dass er große Unternehmensgewinne, die ja Vermögenseinkommen darstellen, und hohe Arbeitseinkommen (z. B. Managergehälter) stärker besteuert (Steuer-Progression). Wir haben somit folgende Möglichkeiten der Rückführungen von Ersparnissen:

- # Rückführung durch Investitionen (mit „Verschuldung“ des Produktionsapparats an die Reichen)
- # Rückführung durch **Verschuldung von Verbrauchern und durch Aufzehrung von Ersparnissen**
- # Rückführung durch Exportüberschuss mit **Verschuldung des Auslands**
- # Rückführung durch Besteuerung und Staatsverschuldung
- # **Freiwillige Leistungen wie Spenden und Sponsoring.**

Der zweite und der letzte Punkt wurden hier noch dazu genommen. Sie bedürfen keiner besonderen Erläuterung.- Gleichen diese fünf Größen zusammen den Abfluss von Geld aus dem Geldkreislauf aus, ist das Grundübel beseitigt, nämlich die Bedrohung der Volkswirtschaft durch Pleiten und Arbeitslosigkeit. Die Geldschöpfung der Banken kann auch noch einen kleinen Beitrag leisten. **Lohnerhöhungen sind hilfreich, weil durch sie Vermögenseinkommen, die vorwiegend gespart werden, in Arbeitseinkommen verwandelt werden, die vorwiegend ausgegeben werden.**

Man sieht leicht, welche der Punkte der freien Entscheidung der Bürger und damit dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden müssen und wo wirtschaftspolitische Vernunft einzugreifen hat.

Wegen der Verschuldung fast aller Staaten spricht man von öffentlicher Armut und privatem Reichtum. Denn zu jeder Schuld gehört auch ein Gläubiger, dem die Forderung gehört, und der Zinsen dafür einnimmt. Die Staatsverschuldung und der damit verbundene Zinsenstrom stellt ein ständig wachsendes Ungleichgewicht dar. Man erkennt daran, dass die Politik ihre Hausaufgaben zwar nicht völlig vernachlässigt hat, denn die vom Staat geliehenen Gelder wurden in der Regel für sinnvolle Aufgaben verwendet und stützten die Konjunktur (führten Ersparnisse in den Kreislauf zurück). Es wurde aber auch nicht besonders gut gearbeitet. Statt Kreditaufnahme war Besteuerung der hohen Einkommen und der großen Vermögen angesagt. Denn sie sind rapide gewachsen, Millionäre und Milliardäre sind weltweit wie Pilze aus dem Boden geschossen. Nicht umsonst spricht das deutsche Grundgesetz von der Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Schon das Monopoly-Spiel lehrt uns, dass sich Geld und Vermögen sehr launisch verteilen: Wer hat, dem wird gegeben. Glück ist auch noch im Spiel. Ein Ausgleich entspricht auch biblischen Forderungen (Bergpredigt, Sabbatjahre mit Erlass der Schulden im Alten Testament).

Längst überfällig ist die Finanztransaktionssteuer (Tobin-Steuer). Es wird gesagt, der amerikanische Präsident Roosevelt hätte in der Weltwirtschaftskrise (ab 1929) mit seinem New Deal-Programm einen Spitzensteuersatz von über 90 Prozent und eine Spitzen-Erbschaftsteuer von 50 Prozent eingeführt und hohe staatliche Investitionen getätigt. Niemand wurde dadurch arm, aber die Wirtschaft kam wieder auf die Beine.

Die kapitalistische Wirtschaft hat viele Triumphe gefeiert, aber auch schon viele Krisen erlebt. An den klassischen Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden kann es nicht liegen. Die zunehmende Armut, die auch vor den Industriestaaten nicht halt macht, ist Symptom und Ursache zugleich. Die Wirtschaft produziert soziale Unterschiede, die sich (vereinfacht) durch Zins und Rendite verstärken. Den in Armut lebenden Menschen fehlt das Geld, um Nachfrage zu halten. Den Reichen fließen zunehmend Geldmengen zu, die nicht mehr so wie früher verwertbar sind, also einen Hang zum Abwarten und zum Abfluss auf die Finanzmärkte haben. Viel Geld fließt auch an Ölscheichs und von dort zu den Finanzmärkten, was durch eine Energiewende gestoppt werden sollte, auch im Interesse der Umwelt.

Die Macht der Finanzmärkte verdeutlicht die Tatsache, dass dort institutionelle Investoren 2005 bereits 55 Billionen US-Dollar Vermögen (Geld und Sachwerte) verwalteten, wovon auf die Bundesrepublik gut eine Billion oder 1000 Milliarden Euro entfallen dürften. Geld fließt auch über die kapital- gedeckte private Rentenversicherung auf den Finanzmarkt. Geld kann zwar in Form von Investitionen zurückkommen. Aber es stellt dafür die harte Bedingung „Rendite“, und zwar möglichst rasch! Z. B. kaufen in den Philippinen (wie schon in andern Ländern geschehen) Großinvestoren Land auf, das laut Agrarreformgesetz Kleinbauernfamilien erhalten sollten. Das ist empörend, aber möglicherweise rettet diese Geldspritze die Philippinische Wirtschaft einstweilen vor dem Zusammenbruch. Muss man also den Finanzmärkten untertänig sein, Heuschreckenmethoden in Kauf nehmen, Umweltstandards niedrig halten, die Steuern immer weiter senken, damit das „scheue Reh“ Vertrauen schöpft und Investitionen kommen? Muss man weiter deregulieren und die Steuerflucht in Kauf nehmen, in der Hoffnung, dass das freie Spiel der Kräfte schon alles richten wird?

Aus allem bisherigen ergibt sich die Antwort: Genau das nicht. Denn so würden sich die zur Konjunkturbelebung in die Wirtschaft gepumpten Milliarden bald wieder auf den Finanzmärkten tummeln. Durch internationale Zusammenarbeit, durch gegenseitig Hilfe satt Konkurrenz können die Staaten, die noch funktionsfähig und dem Wohl der Menschen verpflichtet sind, das große Geld durch **Besteuerung** in seine Schranken weisen und der Steuerflucht Einhalt gebieten. Und Arbeitsplätze schaffen durch Sozialausgaben, durch staatliche Investitionen, z. B. in die Energiewende und vieles andere. Auch Arbeitszeitverkürzung muss dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Der technische Fortschritt soll nicht Arbeitslosigkeit erzeugen, sondern mehr Freizeit.

Durch Besteuerung kann das Verhältnis zwischen konsumbarem und investitionsbarem Geld (gespartem Geld) beeinflusst werden. Damit ist volkswirtschaftliches Gleichgewicht zu erreichen, also die Gefahr einer Krise zu bannen, sei es bei einem erwünschten Umfang von Wachstum oder auch in einem stationären Zustand, ebenso mit und ohne Exportüberschuss. Nullwachstum könnte eines Tages erforderlich sein, um die Ressourcen zu schonen und die Belastung der Umwelt zu reduzieren. Es muss einen gesellschaftlichen Konsens für diese Regulierung durch verantwortliche Politik geben. Denn auch die reichen Mitbürger können an einem Absturz der Wirtschaft mit weiträumiger Entwertung von Geldanlagen und Produktionsmitteln kein Interesse haben. Ebenso wenig an gefährlich anwachsenden sozialen Spannungen und an einem Absturz des Ökosystems.

Hans Oette